

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 25

Ausgegeben am 18. März 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Zwangsmassnahmen und Friedensbruch

Von Heinrich Cunow

Fast scheint es, als gehörten Befangenheit in Illusionen, Hoffnungs- und Gefühlseligkeit zu den unverwüßlichen, allen bitteren Erfahrungen des politischen Lebens trotzensen Eigenschaften des deutschen Volkscharakters. Wie viele schöne Illusionen sind nicht seit dem Sturz des wilhelminischen Regimes zusammengebrochen, und doch haben alle Enttäuschungen nicht vermocht, unser Volk, und zwar in erster Linie gerade jene Volkssteile, die die Anhängererschaft der sogenannten Linksparteien bilden, von dem Wuff der durch die letzten Entwicklungsjahre überholten traditionellen Illusionen zu befreien. Obgleich seit den kritischen Tagen des Herbstes 1918 erst ungefähr zweieinhalb Jahre verfloffen sind — ein ganz winziger Zeitraum im Werden und Verfall der Völker —, ist doch bereits eine recht stattliche Reihe von Hoffnungen und Einbildungen von der Macht der sich rücksichtslos durchsetzenden geschichtlichen Entwicklung abgefan worden: das seltsame Hoffen auf die Mäßigung und die Unterstüfung der deutschen demokratischen Regenerationsbestrebungen durch die sogenannten westlichen demokratischen Mächte, der Glaube an eine demnächstige sozialistische Weltrevolution, das Vertrauen auf Wilson mit seinen vierzehn Punkten und auf den neu errichteten Völker-, richtiger Staatenbund, die Erwartung einer baldigen Erfarkung der Arbeiterparteien Westeuropas und Einsetzung ihrer Kräfte für eine humane Lösung der Kriegskonflikte, der schöne Traum von der Vernichtung des Imperialismus und dem Anbruch einer neuen »Ara des ewigen Friedens«, die Hoffnung auf das baldige Wiederaufblühen der alten Internationalen und ihr machtvolles Eingreifen in die Geschichte der europäischen Völker. Aber alle diese schönen Hoffnungen und Wünsche und noch ein Duzend andere, die hier aufzuzählen keinen Zweck hat, ist der sich nicht nach schönen Wünschen, sondern gemäß der gegebenen Entwicklungsbedingungen vollziehende »Geschichtsprozeß« pietätlos hinweggeschritten. Doch die Illusionsfähigkeit der deutschen Linksparteien, von den Liberalen bis zu den Kommunisten, hat er nur vorübergehend getrübt. Kaum mußte eine Illusion zu Grabe getragen werden, so erstand schon an ihrer Stelle eine neue, und zwar keineswegs immer besser begründete.

Vielleicht wird eine spätere Geschichtsepoche, die auf die heutige mit kritischen Blicken zurückschauf, die jetzige Geschichtsperiode eine »Zeit der schönen Illusionen« nennen — gerade wie wir heute im Rückblick auf vergangene Zeiten von einer Periode des religiösen Fanatismus, der Romantik, des Gefühlüberchwangs usw. sprechen.

So haben wir denn auch erlebt, daß vor jeder Entente- oder Völkerbundskonferenz, die bisher stattgefunden hat, regelmäßig in der Presse der deutschen Linksparteien die schönsten Erwartungen auf eine Milderung des

Verfaller Friedensvertrags, auf wachsende Einsicht der Entente in die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Neuorganisation Mitteleuropas, auf Wiederherstellung der alten Wirtschaftsbeziehungen und einstweilige Hinausschiebung der Kriegsentfälschungsforderungen austauchten — und daß diese Erwartungen ebenso regelmäßig getäuscht wurden, in San Remo wie in Spaa, Genf, Brüssel, Paris. Doch wurde dadurch die Einsicht in die von den leitenden Mächten der Entente befolgte Politik recht wenig gefördert. Kaum war die erste Enttäuschung vorüber, so wurden auch schon mit Eifer wieder jene Stimmen der Auslandspresse gesammelt (oft die Stimmen politisch ganz einflussloser Presseorgane), die mit diesem oder jenem Teil der Konferenzbeschlüsse nicht ganz einverstanden waren, oder es wurden sorgfältig alle kritischen Äußerungen auswärtiger Parlamentarier und Regierungsmänner registriert, mochten diese auch rein faktische Bedeutung haben; und nun wurde darauf wieder die Hoffnung gegründet, daß sicherlich bei der bevorstehenden nächsten Ententekonferenz die Entscheidung in einem für Deutschland weit günstigeren Sinne ausfallen werde, sientemalen doch die englischen und französischen Staatsmänner sich kaum dauernd der Einsicht verschließen könnten, daß das ausgefogene Deutschland den Verfaller Friedensvertrag beim besten Willen nicht zu erfüllen vermöge.

Betrachten wir uns nur einmal ohne parteipolitische Befangenheit das Vorspiel in einem großen Teil der deutschen linksparteilichen Presse vor der letzten Pariser Ententekonferenz. Schon vor der Konferenz prophezeiten manche Blätter, Lloyd George vermöge den Forderungen der französischen Blätter, wenn er sich nicht in schärfsten Gegensatz zu den englischen Handelsinteressen setzen wolle, in keinem Fall zuzustimmen, und demnach werde sicherlich, wenn Frankreich nicht seine Forderungen ganz wesentlich einschränke, die Pariser Konferenz ohne feste Beschlüsse wie das Hornberger Schießen verlaufen. Und diese Ansicht gewann noch mehr an Bestimmtheit, als zunächst nach Beginn der Konferenz aus Paris gemeldet wurde, Lloyd George leiste den französischen Ansprüchen wachsenden Widerstand. Nun war es für manche Blätter ganz gewiß, die Pariser Konferenz werde ergebnislos auseinandergehen.

Als dann am 29. Januar die Pariser Konferenz mit voller Zustimmung des englischen Premierministers die bekannten Wiedergutmachungsbeschlüsse faßte, zeigten sich dieselben deutschen Blätter äußerst betroffen. Dieses Ergebnis der Pariser Verhandlungen entsprach so wenig ihrer Vorstellung von der wirtschaftspolitischen Einsicht des englischen Regierungschefs und der Richtung seiner Politik, daß unbedingt in Paris irgendwelche besonderen Einflüsse im Spiel gewesen sein mußten. Und richtig, bald hatte man herausgefunden, daß der gutmütige Lloyd George von dem intrigantem Briand überrascht und düpiert worden sei. Eine geradezu kindliche Vorstellung von dem alle Register der diplomatisch-parlamentarischen Demagogie beherrschenden englischen Premier, der mit gleichem Geschick die Töne halbversteckter Ironie wie die wohlwollender Herzlichkeit, ehrlicher Biederkeit und kalter Frostigkeit anzuschlagen weiß, und der während des Krieges zur Genüge gezeigt hat, daß er sich selbst durch ihm sehr unbequeme Gegenströmungen nicht aus dem politischen Gleichgewicht bringen läßt. Doch in die übliche Vertrauensseligkeit gegenüber England — dieselbe Vertrauensseligkeit, die uns in der Vorkriegszeit in den mannigfachsten Variationen

immer wieder die Ansicht bescherte, ein Krieg zwischen England und Deutschland sei ganz unmöglich, da beide ja dieselben Handelsinteressen hätten und im wertvollsten Austauschverkehr miteinander ständen — paßte nun mal die Auffassung von der Überrumpelung Lloyd Georges durch die schlauen Pariser Staatsmänner trefflich hinein, ließ sie doch die Hoffnung offen, daß Herr Lloyd George auf der angesehenen Londoner Konferenz, wenn er sich aus dem Bann Briands befreit hätte, wesentlich anders über Deutschlands Zahlungsfähigkeit und die Nützlichkeit einer Durchführung der Pariser Konferenzbeschlüsse für Englands Wirtschaftsleben denken könne.

Merkwürdig, auf die Idee, daß das Eingehen Lloyd Georges auf die französischen Forderungen — ganz abgesehen davon, daß die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe dem Streben weiter englischer Industriekreise nach Sicherung ihrer Absatzmärkte vor der deutschen Konkurrenz entgegenkommt — außenpolitischen Motiven entspringen und die Folge einer Verständigung der englischen und französischen Regierungen über die Richtlinien ihrer beiderseitigen Orientpolitik sein könne, scheinen nur sehr wenige deutsche Politiker gekommen zu sein. Eine Betrachtung des jetzigen Verhaltens Lloyd Georges unter diesem Gesichtspunkt habe ich, was unsere Parteipresse anbetrifft, nur im »Hamburger Echo« gefunden; und doch liegt diese Vermutung, wenn man sich die neueste Stellungnahme der offiziellen Pariser Pressorgane zur Orientfrage betrachtet, sehr nahe. Inzwischen ist sie durch einen Bericht des Pariser »Intransigeant« über eine Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit Briand fast zur Gewißheit geworden; denn nach diesem Bericht hat Briand erklärt, daß jetzt eine günstige Entwicklung der französischen Politik im Orient angebahnt und der Friede in Kleinasien gesichert sei.

Ich habe deshalb auch bereits in Nr. 21 der Neuen Zeit gegenüber den damals erneut hervortretenden Hoffnungen auf einen Umfall des englischen Kabinettspräsidenten betont, mit Englands Widerstandskraft gegen die französischen Forderungen auf der in London stattfindenden Konferenz sei nur in sehr geringem Maße zu rechnen. Doch kaum war die Einladung der englischen an die deutsche Regierung erfolgt, in London durch ihre Vertreter ihre Abänderungsvorschläge zu den Pariser Beschlüssen vorzulegen, als sofort auch schon von neuem in der deutschen Presse die seltsamsten Erwartungen einer gründlichen Abänderung der Pariser Beschlüsse auftauchten. Selbst als vor Beginn der Londoner Konferenz Briand mit den Marschällen Foch und Wilson nach Lloyd Georges Landsitz Chequers fuhr, um dort, wie Pariser Zeitungen sich ausdrückten, die »Gedankengemeinschaft« zwischen Frankreich und England zu festigen, Lloyd George gleich in der ersten Sitzung die deutschen Finanzvorschläge als nicht geeignet zur Erwägung zurückwies und die Entente ihr niedliches Ultimatum stellte, hörte die Hoffnung auf eine baldige Verständigung zwischen Deutschland und der Entente nicht auf.

Die plötzliche Besetzung von Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort, Hamborn durch englische, französische und belgische Truppen, die Verhängung des Belagerungszustandes über die neubesetzten Gebiete, die bereits getroffenen Maßnahmen zur Errichtung von Zollschranken am Rhein und die von London aus ergangene Verfügung der Beschlagnahme sämtlicher Zolleingänge zeigen, wie unberechtigt diese Hoffnung auf die Vermittlerfähigkeit

und die Politik des englischen Kabinetts gewesen ist. Was nun? Bereits regen sich in deutschen Blättern schon wieder allerlei Hoffnungen darauf, daß die Ententeregierungen schnell die Verfehltheit ihrer Zwangsmaßnahmen einsehen und diese aufheben würden. Auch diese Erwartungen sind meiner Ansicht nach unbegründet und überdies taktisch insofern verfehlt, als sie das Lesepublikum dazu veranlassen könnten, die Gewalttaten der Entente allzu leicht zu nehmen. Viel richtiger wäre, diesem Publikum den ganzen Ernst der Lage vor Augen zu führen und es auf weitere Zwangsmaßnahmen der Entente vorzubereiten. Denn weit wahrscheinlicher als eine baldige Zurücknahme der ergriffenen Repressionsmaßnahmen ist, daß, wenn England und Frankreich ihre Erwartung auf die deutsche Nachgiebigkeit getäuscht finden, sie ihren Druck auf das deutsche Wirtschaftsleben zu verstärken suchen werden und zu neuen »Sanktionen«, richtiger neuen Gewalttätigkeiten greifen, vielleicht zur Blockade der Elb- und Wesermündungen.

Die Frage, ob solche Maßnahmen dem Versailler Friedensvertrag widersprechen, wird das englische Kabinetts wenig quälen. Auch die jehige Besetzung rechtsrheinischer Städte und die Zolltrennung der besetzten Gebiete vom übrigen Deutschland bedeutet einen offenkundigen Bruch des Friedensvertrags. Nach diesem darf die Entente erst nach dem 1. Mai 1921 zu solchen Repressionsmaßnahmen greifen, und auch dann nur, wenn vorher die Wiedergutmachungskommission die Höhe der Wiedergutmachungssumme endgültig festgesetzt hat. Und zur Errichtung von Zollschranken zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ist die Entente nur dann berechtigt, wenn dieses im wirtschaftlichen Interesse der besetzten Gebiete durchaus geboten ist, nicht aber zu dem Zweck, den Ententestaaten Einnahmen irgendwelcher Art zu verschaffen. Scheuen aber die englischen und französischen Regierungen, weil ihnen das zur Durchsetzung ihrer Forderungen nützlich erschien, jetzt nicht vor einem offenen Vertragsbruch zurück, so werden sie auch um die Vermeidung weiterer Vertragsverletzungen kaum ernstlich besorgt sein. Nach ihrer Meinung verpflichtet der Friedensvertrag nur uns, nicht auch sie.

Freilich, wenn die deutsche Reichsregierung einigermaßen geschickt verfährt, das deutsche Volk sich durch die Gewaltakte der Entente nicht zu unbedachten Gegenhandlungen provozieren läßt und fest in der eingenommenen Haltung gegenüber den englisch-französischen Beuteforderungen verharrt, werden weder England noch Frankreich den von ihnen mit ihren sogenannten »Sanktionen« verfolgten Zweck erreichen. Weder erhält Frankreich dadurch die erwünschte Gelegenheit, einen wesentlichen Teil der Schuldforderungen Amerikas an den französischen Staat in Forderungen Amerikas an das Deutsche Reich umzuwandeln und eine neue große Staatsanleihe auf dem New Yorker Markt aufzunehmen, noch vermögen England und Frankreich beträchtliche Steuersummen und Zollerträge aus Deutschland herauszupressen, vorausgesetzt, daß dieses ernste passive Resistenz leistet. Andererseits aber stellt der Unterhalt der neuen Besatzungstruppen auch neue Anforderungen an die Staatskassen Englands, Frankreichs und Belgiens, und ferner trifft die Zollsperrre und die Erhebung einer Abgabe von 50 Prozent auf die in die Ententestaaten eingehenden Waren deutscher Herkunft nicht nur Deutschland, sondern auch den eigenen Handel dieser Länder, vor allem

Englands selbst, das sich zurzeit in einer ernststen Wirtschaftskrise befindet. Außerdem werden die mannigfachen Scherereien, die den neutralen Staaten aus solchen Maßnahmen erwachsen, dort sicherlich Verstimmung gegen Englands Vorgehen hervorrufen. Selbst wenn England und Frankreich die Besetzung auf das Ruhrrevier ausdehnen sollten, um die Kohlenproduktion dieses Gebiets in die Hand zu bekommen, würde davon nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich schweren Schaden haben; denn ohne willige Beugung der deutschen Bergarbeiter unter das französische Joch gibt es keine Kohlenförderung, vor allem nicht zu erträglichen Preisen. Die jetzige, auf dem Weltmarkt herrschende Kohlenkrise würde also noch gesteigert.

Tatsächlich betrachtet denn auch ersichtlich die englische und die französische Regierung ihre Zwangsmaßnahmen selbst als bloßen E i n s c h ü c k e r u n g s v e r s u c h, in gewissem Sinne darf man sagen als *Bluff*. Besonders in Frankreich scheint man anzunehmen, die deutsche Reichsregierung werde sich verblüffen lassen — und zudem werde wieder, wie vor dem Versailler Friedensvertrag, in der Anhängerschaft der Unabhängigen und der Kommunistischen Partei jener ungestüme Wille zur unbedingten Nachgiebigkeit gegen die Ententeforderungen zum Durchbruch kommen, der damals den deutschen Friedensunterhändlern jede Rückendeckung nahm und sie zur Annahme der absurdesten Vertragsbestimmungen zwang. Diesmal erstreckt sich freilich der Wille, die Pariser Konferenzbeschlüsse abzulehnen, von der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten. Aber wird dieser Wille standhalten, wenn die Wirtschaftslage sich infolge der feindlichen Zwangsmaßnahmen verschlechtert und die Entente es unternimmt, Zwiespalt zu säen, indem sie den Mißerfolg der Londoner Verhandlungen den deutschen Unterhändlern in London zuschiebt und einzelne unter den Zwangsmaßnahmen besonders leidende deutsche Interessentenkreise zur Opposition aufzustacheln sucht? Es kommt innerhalb der politischen Parteien ja nicht nur darauf an, den Willen zum Widerstand zu befeuern, sondern auch die eigene Taktik so einzurichten, daß die Position der Reichsregierung gegenüber dem englisch-französischen Einschüchterungs- und Zwangsversuch nicht durch allerhand Quisquilien geschwächt wird. In dieser Hinsicht vermag ich gewisse Bestimmungen bezüglich der U. S. P. und der Kommunisten nicht zu unterdrücken. Diese Parteien stecken nun mal bis über die Ohren in Illusionen und vermögen sich schwer in gegebene Situationen zu finden. Die von Herrn Breitscheid am 5. März im Reichstag ohne jedes Verständnis für die augenblickliche Lage und die Tricks der englischen Kabinettspolitik gehaltene Rede läßt leider einfallige Quertreibereien befürchten.

## Regierungsbildung in Preußen und die Sozialdemokratie

Von Bernhard Rausch

Es ist im Hinblick auf frühere Methoden der Regierungsbildung und die Haltung, die der größte Teil der Parteipresse einnimmt, nicht möglich, das preußische Regierungsproblem allein unter taktischen Gesichtspunkten zu behandeln. Es gibt keinen Sozialdemokraten, der nicht den stärksten politischen Einfluß der eigenen Partei erstrebte und auf Grund des preußischen Wahlergebnisses den Fortbestand der bisherigen Koalition als die günstigste